Deutscher Bundestag **Drucksache 17/4172**

17. Wahlperiode 13. 12. 2010

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Thomas Nord, Jan van Aken, Christine Buchholz, Diana Golze, Annette Groth, Andrej Hunko, Niema Movassat, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE.

Umsetzung von Regelungen zur nachhaltigen Beseitigung von Kinderarbeit und Sklaverei auf Kakaoplantagen

Die Arbeitsbedingungen der weltweit rund 5,5 Millionen Kakaobauern/Kakaobäuerinnen sind häufig sehr schlecht und ihre Einkommen niedrig. Selbst Kinderhandel und Kinderarbeit sind, das belegen mehrere aktuelle Studien, vor allem in westafrikanischen Staaten integraler Bestandteil der Kakaoproduktion.

Dabei haben sich Verbände der Kakao- und Schokoladenindustrie bereits im Jahr 2001 in einer freiwilligen Selbstverpflichtung, dem sog. Harkin-Engel-Protokoll, dazu verpflichtet, aktiv gegen die schlimmsten Formen von Kinderarbeit, Kinderhandel und Zwangsarbeit für Erwachsene vorzugehen. Bis 2004 sollten die schlimmsten Formen der Kinderarbeit abgeschafft und dies mit Hilfe einer Zertifizierung belegt werden.

Mehrere Gutachten u. a. der Regierungen Ghanas und der Elfenbeinküste (Côte d'Ivoire) belegen jedoch, dass diese Formen immer noch weit verbreitet sind.

Das an der Tulane-Universität (New Orleans) angesiedelte Payson Center, das im Auftrag der US-Regierung die Fortschritte bei der Umsetzung des Harkin-Engel-Protokolls untersucht, kommt in seinen Berichten zu dem Ergebnis, dass sich wenig an dieser Situation verändert habe.

In Côte d'Ivoire und in Ghana, so die Resultate einer umfassenden Erhebung aus dem Jahr 2009, arbeiten jeweils mehr als 250 000 Kinder weiterhin unter Bedingungen in der Kakaoindustrie, die die Normen 138 und 182 der International Labour Organization (ILO) brechen sowie gegen nationale Gesetze verstoßen.

Laut dem im September 2010 erschienenen Abschlussbericht des Payson Center werden noch immer Kinder aus Burkina Faso und Mali verkauft, um auf Kakaofarmen in Ghana und in Côte d'Ivoire zu arbeiten. Im Rahmen der Studie wurden 600 Menschen aus Burkina Faso und Mali identifiziert, die fast alle in Côte d'Ivoire verkauft wurden. Alle 600 waren den schlimmsten Formen von Kinderarbeit ausgesetzt. Sie mussten etwa ungeschützt mit Pestiziden arbeiten, schwere Lasten tragen sowie psychische und physische Gewalt erleiden. Ein großer Teil der Kinder ist Opfer von Menschenhandel geworden.

Eine wichtige Ursache für die Kinderarbeit auf den Kakaoplantagen, das belegen auch Berichte der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH, sind die niedrigen Weltmarktpreise. Nach Berechnungen der International Cocoa Organization lag der Preis je Tonne Kakao inflationsbereinigt 1980 noch bei rund 5 000 US-Dollar und sank bis zum Jahr 2000 auf

rund 1 000 US-Dollar. Auch der derzeitige Preis von rund 3 000 US-Dollar liegt deutlich unter dem Preis von 1980 und weit unter dem Preisniveau der 1970er Jahre.

Die Verhandlungsbasis der Bauern ist sehr schlecht, da je fünf Konzerne rund die Hälfte des Kakao- sowie des Schokoladenmarktes beherrschen. Im Kakaosektor sind dies unter anderem ADM (Archer Daniels Midland) und Cargill sowie Barry Callebaut. Barry Callebaut ist nicht nur einer der größten Kakaoverarbeiter weltweit, sondern besitzt auch Schokoladenfabriken und stellt Marken wie Stollwerck, Sarotti und Alpia her sowie No-Name-Produkte für Discounter. Andere bekannte große Firmen mit Vertrieb sowie teilweise auch Produktionsstätten in Deutschland sind Nestlé (After Eight, KitKat, Lion etc.), Mars (Mars, Bounty, Snickers, Twix, Balisto etc.), Kraft Foods (Milka, Toblerone, Kaba etc.), Ferrero (Duplo, Hanuta, Kinderschokolade etc.).

Es ist unbedingt notwendig, nicht nur Kinderhandel und Kinderarbeit zu verbieten, sondern grundsätzlich sicherzustellen, dass die in Artikel 23 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte oder die in der UN-Menschenrechtscharta festgehaltenen Arbeitsrechte eingehalten werden. Auch die Kernarbeitsnormen der ILO sind verbindliches Recht.

Auch die von den Vereinten Nationen verabschiedeten sogenannten Millenniumsentwicklungsziele fordern die Erarbeitung und Umsetzung von Strategien, die Männer, Frauen und Kinder aus den erbärmlichen entmenschlichenden Lebensbedingungen befreien und jungen Menschen eine reale Chance geben, menschenwürdige und produktive Arbeit zu finden.

Darüber hinaus existieren in den Kakaoanbauländern Gesetze, die die Arbeitsrechte von Erwachsenen festlegen und Kinderarbeit verbieten. Die weltweite Kakao- und Schokoladenindustrie verfügt jedoch derzeit über eine Lieferkette, in der diese internationalen und nationalen Rechte nicht eingehalten werden.

Verbraucherinnen und Verbraucher haben derzeit keine Chance zu erfahren, ob bei der Produktion der von ihnen erworbenen Schokolade die Menschenrechte eingehalten wurden. Die Rechtslage lässt es zu, dass der Einzelhandel bei Nachfragen keine Auskunft über die Produktionsbedingungen in seiner Lieferkette zu geben braucht.

Eine Verpflichtung für die Hersteller, auf Kakao und Kakaoprodukten die geographische Herkunft des Kakaos anzugeben, würde ermöglichen, dass Verbraucherinnen und Verbraucher von Kakaoprodukten, wie z. B. Schokolade, Informationen über die Herstellungsbedingungen erlangen und diese in ihre Kaufentscheidung einbeziehen können.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche unverzüglichen und wirksamen Maßnahmen hat die Bundesregierung getroffen, um der ILO-Konvention 182 Geltung zu verschaffen und sicherzustellen, dass die schlimmsten Formen der Kinderarbeit vordringlich verboten und beseitigt werden?

2. Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, dass Deutschland zwar das ILO-Übereinkommen 182 über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit von 1999 ratifiziert hat, deutsche Unternehmen aber nach wie vor viele Produkte importieren, bei deren Herstellung diese Kernarbeitsnorm nicht eingehalten wird?

3. Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, dass deutsche Unternehmen nach wie vor viele Produkte importieren, bei deren Produktion die Kernarbeitsnormen der ILO nicht eingehalten wurden?

4. Wie bewertet die Bundesregierung die Einschätzung, dass Armut, Arbeitslosigkeit und ein hoher wirtschaftlicher Druck seitens der kakaoverarbeitenden Konzerne für das Problem Kinderarbeit mitverantwortlich sind?
5. Welchen Standpunkt vertritt die Bundesregierung bezüglich der Einschätzung, dass kakaoverarbeitende Konzerne, wie z. B. Nestlé oder Kraft Foods, Verantwortung für die Arbeitsbedingungen bei ihren Zulieferern tragen?
6. Welchen Standpunkt vertritt die Bundesregierung bezüglich der Einschätzung, dass die Kakao- und Schokoladenindustrie ihre Projekte auf Produktivitäts- und Ertragssteigerung konzentriert, soziale Gesichtspunkte aber außer Acht lässt und somit den schleppenden Aufbau einer fairen und nachhaltigen Versorgungskette verantwortet?
7. Welche Anstrengungen hat die Bundesregierung bisher unternommen, um die Schokoladen- und Kakaoindustrie in die Verantwortung für den Kampf gegen Kinderarbeit zu nehmen?
8. Wie viele der rund 5,5 Millionen Kakaobauern wurden bislang durch Projekte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit erreicht, und wie viele durch Initiativen der Industrie?
9. Wie steht die Bundesregierung zu der Forderung, durch eine Verschärfung des Verbraucherinformationsgesetzes die Schokoladenproduzenten und den Einzelhandel zu verpflichten, Verbraucherinnen und Verbrauchern Auskunft über die Produktionsbedingungen in ihrer bzw. seiner Lieferkette zu geben?
10. Wie bewertet die Bundesregierung das von Nichtregierungsorganisationen vorgetragene Ansinnen, mittels einer verpflichtenden Zertifizierung von Kakaoprodukten für mehr Transparenz und Druck auf die Hersteller zu sorgen?
11. Wie bewertet die Bundesregierung die Forderung, auf Kakao- und Schokoladenprodukten in Deutschland Kinderarbeit kenntlich zu machen?
12. Wird sich die Bundesregierung für eine europäische Regelung einsetzen, welche binnenmarktrechtliche und welthandelsorganisationsrechtliche Vorgaben beachtet, um die Unternehmen dazu zu verpflichten, die Kinderarbeit und den Kinderhandel bei der Kakaoproduktion nachhaltig zu bekämpfen?
13. Kann die Bundesregierung sich vorstellen, nach dem Vorbild der Niederlande durch einen von mehreren Ministerien einberufenen und moderierten runden Tisch Unternehmen dazu zu bewegen, sich zu einem Ausbau des Einkaufs von Kakao aus nachweislich nachhaltigem Anbau zu verpflichten?
14. Wie bewertet die Bundesregierung die Einschätzung, dass nicht nur die geringen Marktpreise für die Missstände verantwortlich sind, sondern u. a. auch Kriege und Korruption durch Rohstoffhandel finanziert werden – oft im Interesse multinationaler Konzerne und auf Kosten der Produzenten?
15. Erwägt die Bundesregierung eine aktive Zusammenarbeit mit den betroffenen Menschen und Nichtregierungsorganisationen, um die Ursachen für Kinderarbeit zu bekämpfen?

16. Erwägt die Bundesregierung eine aktive Zusammenarbeit mit den Regierungen der betroffenen Länder, um die Ursachen zu bekämpfen, wie in dem Beispiel der Kooperation zwischen dem US Department of Labor (DOL) und den Regierungen Ghanas und der Côte d'Ivoire (www.dol.gov/opa/media/press/ilab/ILAB20101285.htm), und falls ja, wie hoch sind die dafür zur Verfügung stehenden Mittel?

Berlin, den 13. Dezember 2010

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333